

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 42 (1963)  
**Heft:** 6

**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 31.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

empfindsame Schilderung eines Ferienaufenthaltes in Schweden, in der ein Mensch so vieles über Menschen sagt, so vieles mit einer so unmittelbaren Melodie des Erlebten . . .

Tucholsky findet keine Ruhe. Er reist häufig, besucht mehrmals die Schweiz. Immer wieder zieht es ihn nach Paris, das schon Heines geistige Heimat war, mit dem Tucholsky nicht selten verglichen wird. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich, er muß sich verschiedenen Operationen unterziehen. Immer seltener ist seine Stimme in der «Weltbühne» zu vernehmen. Auch jetzt greift er kaum ein in den Kampf gegen den Nationalsozialismus. Er verachtet dieses System und schweigt völlig, nachdem es sich 1933 zum offiziellen Deutschland erklärt hat.

Tucholsky hätte die Möglichkeit gehabt, seine Stimme im Ausland weiterhin in den Organen der Emigranten oder in Schweizer Blättern zu erheben. Die Bücherverbrennung stempelt ja auch ihn zum geistigen Märtyrer. Doch gerade das will Tucholsky nicht sein, weil ihm jedes Heroentum – auch die Verherrlichung des geistigen Leidens und der Emigration – zuwider ist. Er bleibt einsam, allein mit seinen Gedanken. Er glaubt, am Ende eines Weges zu sein, der ihn nicht zum Ziel geführt hat. Er nimmt Gift. Nun ruht er schon 27 Jahre in Schwedens Erde, in Mariefred bei Schloß Gripsholm.

Kurt Tucholsky ist gestorben, doch er wird niemals tot sein.

## CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

### Innenpolitik

Am 26. Mai verwarfen die Stimmberechtigten der Schweiz, von denen lediglich 47,8 Prozent die Urnen aufgesucht hatten, die Atominitiative II der SPS, die eine allfällige Bewaffnung der Schweizer Armee mit Atomwaffen obligatorisch der Volksabstimmung unterwerfen wollte, mit 273 355 Ja gegenüber 450 488 Nein. 4½ Stände (Genf, Waadt, Neuenburg, Tessin und Baselstadt) nahmen die Initiative an, die andern 17½ Stände verwarfen sie. Interessanterweise ergab die Abstimmung, daß jene Kantone, die die Anschaffung von Atomwaffen in der Kompetenz des Parlamentes und des Bundesrates belassen wollten, auch gegen das Frauenstimmrecht sind! (Baselstadt hatte damals das Frauenstimmrecht ganz knapp verworfen.)

Das Vertrauen in die Behörden in allen Ehren – doch wäre es manchmal gar nicht so schlecht, wenn man sie ein wenig schärfer kontrollieren würde. Insbesondere in Bewaffnungsfragen scheint das Militärdepartement meistens nicht eben geschickt zu operieren. Bekanntlicherweise wird immer, bevor eine Waffe für unsere Armee beschafft wird, ein Pflichtenheft aufgestellt, in dem die Eigenschaften festgehalten sind, die die betreffende Waffe haben sollte. Es scheint nun aber, daß dieses Pflichtenheft jeweils abgeändert wird, um irgendwelchen Gruppen zusagende Waffen zu kaufen. Als man statt des P-16 die Mirage kaufte, mußte das Pflichtenheft geändert werden; als der Bundesrat Mitte Mai bekanntgab, als Schützenpanzerwagen werde der amerikanische M-113 beschafft, mußte man wiederum feststellen, daß das Pflichtenheft, nach welchem sich die Schweizer Industrie beim Bau des Prototyps eines schweizerischen Schützenpanzers gerichtet hatte, wiederum erheblich abgeändert worden war, um diesen amerikanischen Transporter kaufen zu können. Beim M-113 handelt es sich um ein reines Transportfahrzeug, nicht um ein Kampffahrzeug, wie man anfangs gefordert hatte. Denn der M-113 ist oben geschlossen und besitzt seitlich nur kleine Lucken. Die Panzergrenadiere fahren also praktisch blind im Gelände herum. Darum kann der M-113 schwimmen, eine Eigenschaft, die nie gefordert worden war, in der sicher richtigen Erkenntnis, daß diese Eigenschaft für die Schweiz nicht sehr wichtig ist. Hingegen hatte man ursprünglich einen Vielbrennstoffmotor gefordert, der nun bestellte Schützenpanzer besitzt einen Benzinmotor; die Panzerung ist schwächer, sie bietet nur Schutz gegen Splitter und Maschinengewehrfeuer, nicht aber gegen 20-mm-Kanonen. Ob die Aluminiumpanzerung gegen Radioaktivität sehr wirksam ist, darf leicht bezweifelt werden. Dafür kann der M-113 aus dem Flugzeug mittels Fallschirmen abgeworfen werden. Leider besitzt die Schweiz keine solchen Lufttransporter . . .

Anfangs Juni konnten wir in der Schweiz einen traurigen Rekord feiern: Der Index der Konsumentenpreise stieg auf über 200 Punkte, was besagt, daß der Schweizer Franken seit 1939 die Hälfte seines Wertes verloren hat!

Ende Mai erfuhren die Schweizer, was sie die Milchpreisstützung kostet. Dem Abschluß des Geschäftsjahres 1961/62 der Butyra am 31. Oktober, der Ende Mai erschien, kann man entnehmen, daß der Kuhbestand im Berichtsjahr um 7000 Stück zugenommen hat und somit eine neue Rekordhöhe erreichte. Damit erreichten selbstverständlich auch die Einlieferungen an Milch, Butter und Käse neue Rekordhöhen – und die Verluste bei deren Verwertung ebenfalls! Die Gestehungskosten für inländische Vorzugsbutter betragen rund Fr. 11.10, ausländische Butter kostete franko Grenze Fr. 2.80 im Sommer, 42 Rappen mehr im Winter. Die Verbilligung der Schweizer Butter kostete 44,7 Millionen Franken (1960/61: 37,7 Millionen Franken). Aus der Import-

butter löste man einen Gewinn von 5 Millionen Franken; der Verlust erreichte somit 39,7 Millionen Franken (26,4 Millionen). Zur Förderung des Käseabsatzes wurden 43,4 Millionen Franken aufgewendet. Inklusive weiterer Stützungsaktionen wurden 107,8 Millionen Franken an die Verwertung von Milchprodukten verwendet (89,8 Millionen). Davon wurden aus allgemeinen Bundesmitteln 63 Millionen Franken (45,8 Millionen) beigesteuert, die Milchproduzenten trugen 11,5 Millionen Franken (10,8 Millionen), die Konsumenten (durch Preiszuschläge auf Öle, Fette, Kondensmilch usw.) 33,3 Millionen Franken (33,2 Millionen). Man wird sich mit der Zeit einmal fragen müssen, wie die Landwirtschaft über Wasser gehalten werden kann, wenn die Hochkonjunktur einmal ein wenig zurückgeht und das Geld weniger reichlich fließt.

Am 4. Juni begann in Bern die Sommersession des National- und Ständerates; in der nächsten Chronik sollen die wichtigsten Geschäfte kurz beleuchtet werden. (Abgeschlossen am 9. Juni)

## Außenpolitik

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen konnte die SPD ihren Siegeszug fortsetzen: sie gewann 5,4 Prozent mehr Stimmen als vor vier Jahren und erreichte einen Anteil von 44,9 Prozent, die CDU rückte um 6,9 Prozent auf 37,7 Prozent, die FDP um 5,2 Prozent auf 8,8 Prozent vor. Die kleineren Parteien wurden ausgeschaltet.

Mitte Mai tagte die NATO in Ottawa und trug dort still und leise die vorher heißumstrittene NATO-Atomkraft zu Grabe. Zwar beschloß man, daß die Briten rund 180 Vulcan-Bomber und die Amerikaner drei atomgetriebene Unterseeboote dem NATO-Oberkommando in Paris unterstellen sollten, doch wurde auf die Idee der Schaffung einer «multilateralen, «multinationalen», «interalliierten» – oder wie die Ausdrücke sonst noch heißen mögen – Atomkraft verzichtet. Amerika versucht zwar Mitte Juni immer noch, die britische Regierung zu überreden, der Schaffung einer mit Atomraketen bestückten, von Soldaten der NATO-Länder besetzten Überwasserflotte zuzustimmen. Doch die Regierung Macmillan winkt ab, sie hat jetzt andere Sorgen. Ihre Popularität, die sonst schon arg im Sinken ist, hat durch die «Affäre Profumo» Anfang Juni einen weiteren argen Stoß erlitten. Der Heeresminister mußte zurücktreten und gleichzeitig seinen Sitz im Unterhaus aufgeben, weil er – was er noch vor kurzer Zeit im Zusammenhang mit einem Spionagefall energisch bestritten hatte – mit einem jungen Mannequin Beziehungen hatte, die ihrerseits auch mit einem nach Rußland zurückgekehrten Sowjetdiploma-

ten Beziehungen unterhielt. Dieser Fall weitet sich Mitte Juni zu einer richtigen «Dolce-vita»-Geschichte aus. Genau das, was sich die Regierung am wenigsten leisten kann!

Griechenland wurde seit Ende Mai von einigen politischen Unruhen erschüttert, die damit begannen, daß der auf der politischen Linken beheimatete Abgeordnete Lambrakis bei einer Kundgebung in Saloniki vorsätzlich von einem Motorrad überfahren und tödlich verletzt worden war. Dies führte in ganz Griechenland zu Protestdemonstrationen, aber auch in England schlugen die Wogen der Empörung hoch.

Am 29. Mai regte Finnlands Präsident Kekkonen in einer Rede die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Norden an, die jedoch bei den bürgerlichen Parteien in den nordischen Ländern auf keine große Gegenliebe stößt. Tatsächlich ist die Lage aber so, daß Finnland nach seinem Friedensvertrag mit Rußland auf Atomwaffen verzichten muß, Schweden als neutrales Land keine Atomwaffen wünscht und selbst die NATO-Länder Dänemark und Norwegen sich entschieden weigern, Atomwaffen auf ihrem Gebiet zu lagern. Dadurch unterscheiden sich die nordischen Staaten wohltuend von diversen andern Ländern!

Am 26. Mai siegte bei den Wahlen in Kenya die «Kenya African National Party» unter Jomo Kenyatta. Der britische Generalgouverneur ist bereit, die kolonialen Überreste rasch zu beseitigen: Am 1. Juni erhielt Kenya das «Internal Self Government», Außenpolitik, Verteidigung und Polizei liegen bis Ende Jahr de jure noch in britischen Händen. Im Dezember wird Kenya die volle Unabhängigkeit erlangen.

Am 3. Juni starb in Rom nach einem langen und schweren Todeskampf Papst Johannes XXIII., der in seiner kurzen Amtszeit gezeigt hatte, daß er zu den ganz großen Päpsten zu zählen ist. Nach der stark nach rechts geneigten Politik Pius' XII. gelang es ihm, das kirchliche Leben wieder von gewissen Dogmen zu befreien; in zwei wichtigen Enzykliken bahnte er auch eine wichtige politische Wendung an: die Öffnung der katholischen Kirche nach links, die in Italien zur beherrschenden Politik wurde und sich auch im Verhältnis zum Ostblock als die einzige fruchtbare Lösung aufdrängte. Leider war es Johannes XXIII. nicht vergönnt, die von ihm angebahnte Entwicklung so lange weiterzuführen, bis eine neue Rückwärtsorientierung nicht mehr möglich sein würde.

Seit dem 5. Juni brechen in Teheran immer wieder Unruhen aus, die – wie die meisten Vorgänge der neuesten Zeit in der arabischen Welt – mit den uns in der Schweiz vorläufig zur Verfügung stehenden Nachrichten nicht genügend erklärt werden können, weshalb auf eine Analyse verzichtet sei.

(Abgeschlossen am 9. Juni)